



Zum Jahrestag des Mauerbaus Ein Gespenst geht um in Europa... das Gespenst der historischen Amnesie

Dirk Stein

Warum wurde Westdeutschland zum Wirtschaftswunderland, während die DDR wirtschaftlich immer weiter zurückfiel? Zum Jahrestag des Mauerbaus lohnt ein Blick jenseits vertrauter Erzählungen: auf Marshallplan und Reparationen, offene Märkte und Abschottung – und schließlich auf zwei Wirtschaftssysteme, deren Unterschiede sich nicht allein aus ihren Startbedingungen erklären lassen. Ein Kommentar von Dirk Stein.

Dabei ist die Geschichte der deutschen Teilung bis heute von Mythen überlagert. Im Westen dominiert häufig die Erzählung vom Wirtschaftswunder, das allein durch Fleiß, Disziplin und Unternehmmergeist entstanden sei. Im Osten hält sich dagegen die Vorstellung, die DDR sei ausschließlich an äußeren Umständen und den Zwängen des Kalten Krieges gescheitert.

Beides greift zu kurz.

Wer die wirtschaftliche Entwicklung beider deutscher Staaten verstehen will, muss zunächst ihre Ausgangsbedingungen vergleichen. Erst dann wird deutlich, warum sich zwei Gesellschaften, die 1945 mit ähnlichen Kriegszerstörungen konfrontiert waren, so unterschiedlich entwickelten.

Das Wirtschaftswunder war kein Zufall

Die Bundesrepublik profitierte von einer historischen Ausnahmesituation. Zwischen 1948 und 1952 flossen über den Marshallplan rund 13,3 Milliarden US-Dollar nach Europa.

Auf Westdeutschland entfielen davon etwa 1,4 Milliarden Dollar. Noch wichtiger als die Summe war jedoch die Einbindung in die westliche Wirtschaftsordnung. Kapital, Rohstoffe, Investitionsgüter und offene Absatzmärkte bildeten die Grundlage für den Wiederaufbau.

Mit dem Londoner Schuldenabkommen von 1953 wurden die deutschen Vor- und Nachkriegsschulden erheblich reduziert und langfristig neu geregelt. Die Rückzahlung wurde dabei an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gekoppelt.

Doch auch das erklärt den Aufstieg der Bundesrepublik nur teilweise.

Der Kalte Krieg machte Deutschland zur Frontlinie zweier Weltordnungen. Für die Vereinigten Staaten war ein wirtschaftlich starkes Westdeutschland weit mehr als ein Verbündeter. Es sollte der sichtbare Beweis sein, dass Demokratie und soziale Marktwirtschaft der sozialistischen Planwirtschaft überlegen waren. West-Berlin wurde zum Schaufenster dieser Strategie. Während Ost-Berlin mit

der Stalinallee die Leistungsfähigkeit des Sozialismus demonstrieren sollte, präsentierte der Westen mit der Interbau 1957 und dem Hansaviertel eine moderne, offene Stadt. Architektur wurde zur Wirtschaftspolitik. Konsum wurde zur politischen Botschaft.

Auch der Arbeitsmarkt entwickelte sich unter außergewöhnlichen Bedingungen. Das Wirtschaftswunder fiel in eine Phase billiger Energie, wachsender Weltmärkte und kaum vorhandener Umweltauflagen. Als der Arbeitskräftemangel einsetzte, schloss die Bundesrepublik Anwerbeabkommen mit Italien, Spanien, Griechenland, Jugoslawien und 1961 schließlich mit der Türkei. Bis zum Anwerbestopp 1973 kamen allein rund 870.000 türkische Arbeitnehmer nach Deutschland. Insgesamt arbeiteten Millionen Gastarbeiter in Bergwerken, Stahlwerken, auf Baustellen und in der Automobilindustrie. Die angeworbenen Arbeitskräfte trugen wesentlich dazu bei, die zunehmenden Engpässe auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt abzufedern und das starke industrielle Wachstum fortzusetzen.

Die Nachkriegsgeneration hat zweifellos Außerordentliches geleistet. Sie arbeitete hart, gründete Unternehmen und schuf Wohlstand. Doch sie tat dies unter Rahmenbedingungen, wie sie kaum eine Generation zuvor oder danach vorfand. Amerikanisches Kapital, offene Weltmärkte, ein historischer Schuldenerlass, billige Energie und zusätzliche Arbeitskräfte aus dem Ausland bildeten das Fundament des Aufschwungs. Das Wirtschaftswunder war deshalb kein Wunder – und auch keine reine Aufbauleistung aus eigener Kraft.

Die DDR startete mit einer schweren Hypothek

Auf der anderen Seite Deutschlands sah die Ausgangslage grundlegend anders aus.

Die sowjetische Besatzungszone musste umfangreiche Reparationsleistungen erbringen. Industrieanlagen wurden demontiert und in die Sowjetunion transportiert. Während Westdeutschland seine Wirtschaft modernisierte, verlor der Osten einen erheblichen Teil seiner industriellen Basis. Gleichzeitig blieb der Zugang zu westlichen Kapitalmärkten verschlossen. Die DDR war weder Teil des Marshallplans noch des westlichen Währungssystems. Sie wirtschaftete innerhalb des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) und litt dauerhaft unter Devisenmangel.

Hinzu kam der technologische Wettlauf des Kalten Krieges. Über die sogenannten CoCom-Listen verhinderten die westlichen Staaten jahrzehntelang den Export zahlreicher

Hochtechnologien in den Ostblock. Der Zugang zu moderner westlicher Computer-, Halbleiter- und Produktionstechnologie war dadurch erheblich erschwert. Vieles musste mit großem Aufwand selbst entwickelt oder nachgebaut werden.

Diese Ausgangsbedingungen waren zweifellos ein erheblicher Wettbewerbsnachteil. Sie erklären jedoch nur einen Teil der späteren Entwicklung.

Bildung ersetzte fehlendes Kapital

Die DDR reagierte auf ihre schwierige Ausgangslage mit einer Strategie, die aus ihrer Sicht folgerichtig war. Wenn Kapital, Rohstoffe und Devisen fehlten, musste der wichtigste Produktionsfaktor der Mensch sein.

Kaum ein Staat investierte deshalb so konsequent in Bildung. Kinderkrippen, Kindergärten, Ganztagschulen, kostenlose Berufsausbildung und gebührenfreie Hochschulen sorgten für einen hohen Ausbildungsstand. Ingenieure, Chemiker, Physiker und Facharbeiter aus der DDR genossen international einen guten Ruf. Gleichzeitig war das Bildungssystem eng mit der politischen Ideologie verbunden. Marxismus-Leninismus und Staatsbürgerkunde gehörten ebenso selbstverständlich dazu wie Mathematik oder Physik. Der Staat wollte nicht nur qualifizierte Arbeitskräfte, sondern überzeugte Sozialisten hervorbringen.

Auch die gesellschaftliche Organisation folgte diesem Gedanken. Kollektiv statt Individualismus. Volkseigene Betriebe statt Privatunternehmen. Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften statt Familienbetriebe. Das Ziel war soziale Gleichheit und gemeinsame Verantwortung.

Warum die Planwirtschaft ihre eigenen Probleme verschärfte

Genau hier begann das eigentliche wirtschaftliche Problem.

Reparationsleistungen, Devisenmangel und erschwerter Zugang zu westlicher Technologie belasteten die wirtschaftliche Entwicklung der DDR erheblich. Hinzu kamen später hohe Aufwendungen für Militär, Grenzsicherung und Staatssicherheit. All das erklärt jedoch nicht allein den Zusammenbruch der DDR.

Ein entscheidender Unterschied lag im Anreizsystem.

Eine Volkswirtschaft lebt davon, dass sich Leistung lohnt. Wer effizienter produziert, neue Ideen entwickelt oder unternehmerisches Risiko übernimmt, erwartet einen

höheren Ertrag. Genau dieser Zusammenhang wurde in der sozialistischen Planwirtschaft zunehmend aufgehoben.

Der wirtschaftliche Erfolg eines Betriebes hing nicht vom Markt ab, sondern von der Erfüllung staatlicher Vorgaben. Wettbewerb spielte nur eine untergeordnete Rolle. Gewinne waren kein entscheidender Maßstab. Innovation bedeutete häufig zusätzliches Risiko, ohne dass sich dieses Risiko für Betriebe oder Beschäftigte entsprechend auszahlte.

Auch die Kollektivierung hatte ihren Preis. Wo Eigentum allen gehört, gehört es am Ende häufig niemandem wirklich. Verantwortung verteilt sich auf viele Schultern, persönlicher Einsatz führt immer seltener zu persönlichem Erfolg. Das Problem war nicht mangelnder Fleiß. Die Menschen in der DDR arbeiteten hart und verfügten über eine ausgezeichnete Ausbildung. Das Problem war ein Wirtschaftssystem, das individuelle Leistungsbereitschaft immer weniger in Produktivität übersetzen konnte.

Die Mauer war auch ein wirtschaftliches Eingeständnis

Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 begann mit Protesten gegen erhöhte Arbeitsnormen. Innerhalb kürzester Zeit entwickelten sich daraus politische Forderungen nach freien Wahlen, dem Rücktritt der Regierung und grundlegenden Veränderungen des Systems. Der Mauerbau 1961 wiederum war nicht nur eine politische Machtdemonstration. Er war auch die wirtschaftliche Konsequenz einer Entwicklung, bei der bis dahin fast drei Millionen Menschen – darunter zahlreiche Facharbeiter, Ingenieure und Ärzte – die DDR verlassen hatten. Eine Volkswirtschaft, die ihre qualifiziertesten Arbeitskräfte verliert, verliert ihre Zukunft.

Unter Erich Honecker versuchte die DDR schließlich, den sozialen Frieden durch mehr Konsum, Wohnungsbau und Subventionen zu sichern. Finanziert wurde diese Politik zunehmend über Kredite. Kurzfristig stabilisierte sie das System, langfristig fehlten die Mittel für Investitionen und Modernisierung. Die wirtschaftlichen Probleme wurden nicht gelöst, sondern in die Zukunft verschoben.

Die Lehre aus der deutschen Teilung

Die Geschichte der deutschen Teilung liefert deshalb eine doppelte Erkenntnis.

Der wirtschaftliche Erfolg der Bundesrepublik war weit mehr als das Ergebnis von Fleiß allein. Er beruhte auf außergewöhnlich günstigen geopolitischen und

wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Gleichzeitig erklärt die schwierige Ausgangslage der DDR ihren Niedergang nicht vollständig. Entscheidend war letztlich, dass die Planwirtschaft den Zusammenhang zwischen Leistung, Verantwortung und Ertrag immer weiter auflöste. Ohne funktionierende Leistungsanreize verliert jede Volkswirtschaft langfristig ihre Innovationskraft – unabhängig davon, wie gut ihre Menschen ausgebildet sind.

Gerade am Jahrestag des Mauerbaus lohnt sich deshalb ein nüchterner Blick auf die Geschichte. Nicht, um alte Systeme gegeneinander aufzurechnen, sondern um ihre wirtschaftlichen Mechanismen zu verstehen. Die Mauer trennte nicht nur zwei Staaten. Sie trennte zwei Wirtschaftsordnungen – und zwei völlig unterschiedliche Vorstellungen davon, wie Wohlstand entsteht.

Das eigentliche Gespenst, das heute durch Europa geht, ist deshalb weder der Kapitalismus noch der Kommunismus. Es ist die historische Amnesie – das Vergessen, dass dauerhafter Wohlstand nur dort entsteht, wo Freiheit, Eigentum, Wettbewerb und Leistungsanreize zusammenwirken und politische Macht wirtschaftliche Realität nicht dauerhaft ersetzen kann.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4951389/Ein-Gespensst-geht-um-in-Europa---das-Gespensst-der-historischen-Amnesie/>